



Jahresbericht Äthiopien 2018

Am 3. Januar 2018 gab der damalige Ministerpräsident Hailemariam Desalegn bekannt, dass alle politischen Gefangenen im Land freigelassen würden und dass das Gefängnis Maekelawi geschlossen würde. Amnesty International begrüßte diese Ankündigung als längst überfällig und forderte die Regierung auf, die angekündigten Maßnahmen so schnell wie möglich umzusetzen. Gleichzeitig warnte Amnesty International davor, die Verbrechen, die seit Jahren im Maekelawi-Gefängnis stattfinden, anlässlich der Schließung unter den Tisch fallen zu lassen. Die zahlreichen Berichte von Folter und Misshandlungen müssten untersucht und die Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden. Amnesty International erinnerte außerdem an die Dutzenden von Personen, die verschwunden sind, seitdem die jetzige Regierung 1991 an die Macht kam. Berichten zufolge wurde das Maekelawi-Gefängnis tatsächlich im April 2018 geschlossen.

Der bekannte Journalist und Aktivist Eskinder Nega wurde am 14. Februar 2018 aus der Haft entlassen. Er war 2011 zu 18 Jahren Haft verurteilt worden, nachdem er das Fehlen von Meinungs- und Pressefreiheit in Äthiopien kritisiert hatte. Er hatte zudem öffentlich die Frage aufgeworfen, ob der „Arabische Frühling“ auch auf Äthiopien übergreifen könnte. Dies führte zu einer Verurteilung wegen terroristischer Handlungen. Nun wurde Eskinder Nega bereits nach sieben Jahren statt nach 18 Jahren freigelassen. Amnesty International rief zu diesem Anlass zu einer Reform der Terrorismus-Gesetze auf, auf Grund derer in der Vergangenheit nicht nur Eskinder Nega, sondern zahlreiche weitere Oppositionelle und Regimekritiker verurteilt worden waren. Am 14. und 15. Februar 2018 wurden außerdem die Oppositionspolitiker Andualem Arage and Bekele Gerba und weitere Regimekritiker freigelassen. Amnesty International hatte sich für ihre Entlassung aus der Haft eingesetzt.

Ebenfalls Mitte Februar 2018 trat der Premierminister Hailemariam Desalegn überraschend von seinen Ämtern zurück. Um möglichen Protesten wirksam begegnen zu können, stimmte das Parlament am 16. Februar 2018 für einen erneuten Ausnahmezustand. Salil Shetty, der damalige Generalsekretär von Amnesty International, wandte sich zu diesem Anlass an die Regierung und mahnte die Einhaltung der Menschenrechte an. Der letzte Ausnahmezustand hatte von Oktober 2016 bis August 2017 angedauert. Die durch die Notstandsgesetze erweiterten Kompetenzen der staatlichen Behörden führten zu zahlreichen gravierenden Menschenrechtsverletzungen (siehe hierzu der [Jahresbericht Äthiopien 2017](#)). Unter Anwendung der Notstandsgesetze wurden im März 2018 zwölf der kürzlich entlassenen politischen Gefangenen vorübergehend erneut festgenommen, darunter Eskinder Nega.

Im April 2018 trat der neue Premierminister Abiy Ahmed sein Amt an. Er kündigte eine Reform der Terrorismus-Gesetze und weiterer restriktiver Gesetze an. Im Juni 2018 wurde der Ausnahmezustand aufgehoben. Amnesty International begrüßte diesen Schritt, mahnte aber an, dass alle Menschenrechtsverletzungen, die während des Ausnahmezustands stattgefunden hätten, darunter willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, Folter und Misshandlung, untersucht werden müssten und eine Wiederholung derartiger Verbrechen unbedingt verhindert werden müsste.

Am Wochenende des 22. und 23. September 2018 fanden massive Polizeirazzien in Addis Abeba statt, begründet mit der gestiegenen Kriminalität in der Stadt. Insgesamt wurden über 3000 Personen verhaftet, vor allem junge Männer. Ein Großteil von ihnen wurde zum Zwecke von „Erziehungsmaßnahmen“ ins Tolay-Militärcamp verbracht. Amnesty International kritisierte insbesondere, dass in vielen Fällen die Festnahmen nicht auf Basis einer Rechtsgrundlage erfolgten, sondern zum Beispiel nur, weil die Betroffenen in einer Bar Shisha geraucht hatten. Amnesty International forderte von der Regierung, dass alle Gefangenen einen Rechtsbeistand erhalten und unter keinen Umständen Folter oder Misshandlungen unterzogen werden.